



Die Arbeiterklasse muß ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

**Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
Nr. 4 NEUE EINHEIT 31.8.71**

Die Fronten in der Metalltarifrunde werden immer deutlicher

In den Großbetrieben Hoesch in Dortmund, Klöckner in Bremen und fünf Werken des Fordkonzerns wurde von den Arbeitern angesichts der rigorosen Preiserhöhungen, der Steuererhöhungen und der gesteigerten Arbeitshetze eine Lohnerhöhung von 15 - 17% gefordert. Kurz nach Bekanntgabe dieser Forderung stellten die Landesverbände der IG-Metall dieser berechtigten Forderung eine Forderung von 9-11% entgegen. Dieses Auftreten der Gewerkschaft ist offensichtlich mit der Kampagne der Regierung, der bürgerlichen Presse und den Vertretern der Kapitalistenvereinigungen abgestimmt.

Die Gewerkschaftsführer versuchen wie immer, die Lohnforderungen der Metallarbeiter in einem abgekarteten Spiel herunterzuschrauben!

Schon seit Mai wurde von einer geschlossenen Front von den Gewerkschaftsführern, der Regierung, den Kapitalistenvereinigungen und der bürgerlichen Presse den Arbeitern entgegengerufen, daß sie um der 'Stabilität' und der 'Sicherheit der Arbeitsplätze' willen auf angemessene Lohnerhöhungen verzichten müßten. Die Gewerkschaftsführer haben dabei noch eine besondere Rolle. Sie stellen sich erst einmal zwischen Arbeiter und Kapital. Sie fordern zunächst 9-11%, um dann wie immer herunterzugehen. Schon jetzt ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaftsführer, wenn es nach ihnen ginge, einen 'Kompromiß' zwischen 6 und 7% aushandeln, d. h. eine Tarifierhöhung, die genau den sogenannten Lohnleitlinien von Schiller entspricht. Das Ganze scheint offensichtlich

ein abgekartetes Spiel zu sein, das seinen jüngsten Höhepunkt nach Nixon's Wirtschaftsbeschlüssen fand. Diese Wirtschaftsbeschlüsse, die nach Angaben informierter kapitalistischer Wirtschaftsinstitute höchstens eine Senkung von 0,2% ('Handelsblatt' vom 30. 8. 71) des gesamten westdeutschen Wirtschaftsumsatzes erwirken, wurden vom Kapital, seiner Regierung, seiner Presse zum Vorwand genommen, um jetzt mit großaufgemachten Ankündigungen von Arbeitslosigkeit die Arbeiter einzuschüchtern und gefügig zu machen.

Sie stellen die Nachteile für den westdeutschen Export, die durch die USA-Wirtschaftsbeschlüsse hervorgerufen worden sind, übermäßig heraus und nehmen sie zum Anlaß, verschärften Druck auf die Arbeiter auszuüben. Wie systematisch hier die Bourgeoisie öffentlich Lügen verbreitet, geht z. B. daraus hervor, wenn man die Zeitungen, die für ihre eigenen Kreise bestimmt sind, vergleicht mit den Zeitungen wie 'Bild', 'BZ', die für die Arbeiterklasse bestimmt sind.

Die Bildzeitung schreibt am 20. 8. 71 in riesigen Lettern:

"Auf dem Höhepunkt der Dollarkrise haben Millionen Deutsche nur eine Sorge: Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit versichert: 'Falls Sie arbeitslos werden - wir helfen!'"

Hier wird schon so getan, als sei die Arbeitslosigkeit schon unvermeidbar, als Sorge sich der kapitalistische Staat um die Arbeitslosen und gebe ihnen 'Tips'.

Dagegen gibt die Zeitung Handelsblatt, die zur Information unter den Kapitalisten

dient, eine Stellungnahme von bekannten kapitalistischen Wirtschaftsinstituten wieder, in der es heißt:

"Im übrigen sollen Verluste bei der Verteidigung von Märkten, die für die Beschäftigung der deutschen Unternehmen wichtig sind, dazu beitragen, den Widerstand gegen unangemessene Lohnforderungen zu verstärken."

Weiter zitiert das Handelsblatt den Wirtschafts'wissenschaftler' Giersch:

"Wenn tatsächlich Arbeitsplätze in Gefahr geraten, dürfte es nicht schwer sein, den Arbeitskräften klarzumachen, daß es besser sein kann, lohnpolitische Zurückhaltung zu üben, statt mit Streikopfern höhere Löhne zu erkämpfen und sich dabei um die Arbeitsplätze zu bringen.' Unter dem Gesichtspunkt der Geldwertstabilität jedenfalls müsse man die amerikanische Politik auch in der Bundesrepublik voll begrüßen."

Hier wird gezeigt, daß die Bourgeoisie ganz bewußt eine Arbeitslosigkeit ausnutzen will, um die Arbeiter noch mehr anzutreiben und die Löhne zu drücken. Man kann sagen, daß sie jetzt eine gewisse Arbeitslosigkeit haben wollen. Und das steht im strikten Gegensatz zu ihrem heuchlerischen Getue, wie es in der Bildzeitung zum Ausdruck kommt.

Außerdem wird klar am obigen Beispiel, was die Kapitalisten unter Geldwertstabilität verstehen. Geldwertstabilitätspolitik, das ist für sie offensichtlich nichts anderes als die Disziplinierung der Arbeiter mit der erpresserischen Drohung, daß, wenn die Arbeiter nicht auf ihre Löhne verzichten, sie durch Preiserhöhungen und Arbeitslosigkeit zur Reason gebracht werden sollen.

Die amerikanischen Wirtschaftsbeschlüsse werden zur Erpressung der Arbeiter benutzt!

Die Ausnutzung der amerikanischen Wirtschaftsbeschlüsse stellt den bisherigen Höhepunkt in der ganzen Kampagne der Bourgeoisie dar. Wie ein Theaterstück lief ihre Einschüchterungskampagne ab. Zuerst meldeten sich Presse, Fernsehen und Unternehmerverbände, die von "tiefgehenden Konsequenzen" raunten, und so taten, als sei die deutsche Wirtschaft von einem "schweren Schlag" getroffen worden. Dann kam die Bundesregierung und "drückte ihre tiefe Besorgnis aus" und heuchelte ihre Fürsorge für die Werktätigen. Nachdem so der Boden erst einmal vorbereitet war, traten nun Gewerkschaftsführer im "Namen der Arbeitnehmer" auf und zogen dann die "nahegelegten" Konsequenzen, und die IG-Metall-Führer senkten fürs erste die Lohnforderungen auf 9 - 11% herab.

Die Bourgeoisie bereitet sich sehr wohl systematisch mit ihren Kumpanen in der Gewerkschaftsführung auf die Niederdrückung der Arbeiter vor, und hetzt die öffentliche Meinung gegen diejenigen Arbeiter auf, die diese Forderungen aufstellen. Sie will sie als wirtschaftlich unverantwortlich abstempeln und will sie von den übrigen

Werktätigen isolieren. Sie wirft den deutschen Arbeitern vor, daß sie den Bestrebungen, die deutsche Wirtschaft vor der Krise zu retten, in den Rücken fallen. Sie wollen, daß "wir alle an einem Strang ziehen" (PZ - Berliner Zeitung), daß wir die "deutsche Wirtschaft" in einer Zeit des Zufalls stärken.

In der Tat gibt es schon seit langem Bestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie, sich zur Vormacht in Europa zu machen, und sie sieht in dem allgemeinen Währungschaos eine Chance, durch ein gemeinsames Vorgehen mit den USA vorzupreschen.

Diese Bestrebungen werden aber keineswegs die Krise aufhalten und schon gar nicht eine Verbesserung der Lage der Arbeiter bringen. Die amerikanischen Wirtschaftsbeschlüsse sind ein Ergebnis der internationalen Wirtschaftskrise.

Schon seit langem bahnt sich dieser Wirtschaftskampf an. Seit 10 Jahren gibt es einen intensiven Handelskrieg zwischen den westeuropäischen Ländern und den USA. Nun hat sich dieser Wirtschaftskampf verschärft. Es ist ein Gesetz der Entwicklung des Kapitalismus, daß sich die Kapitalisten schließlich immer mehr in die Wolle kriegen und sich mit immer schärferen Mitteln bekämpfen, bis sie übereinander herfallen. Der erste und zweite Weltkrieg sind auf diese Weise ausgebrochen. Dabei wissen die verschiedenen imperialistischen Bourgeoiscliquen, daß derjenige in diesem räuberischen Kampf die beste Ausgangsposition hat, der am meisten Gewalt über die Werktätigen im eigenen Land hat und den eigenen Arbeitern am meisten zumuten kann. Daher unternehmen die Bourgeoisien, wenn sich der Kampf unter ihnen verschärft, verzweifelt Anstrengungen, ihre eigenen Völker verstärkt zu unterdrücken, auszubeten und in die Irre zu führen.



Zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie herrscht ein unversöhnlicher Gegensatz !

Was nützt es den deutschen Arbeitern, wenn sie den deutschen Imperialismus stärken? Damit werden nur die Arbeiter im Ausland verstärkt unter Druck gesetzt, und damit verschärft sich erneut der internationale Konkurrenzkampf auch für das deutsche Kapital. Die Wirtschaftskrise ist eine Krise der internationalen Bourgeoisie, eine Krise, die die Bourgeoisie gar nicht aufhalten kann, denn das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die chaotische Profitwirtschaft, mit dem Kampf aller gegen alle widersprechen der heutigen hochentwickelten Produktionsstufe. Sinnvoll wäre eine planvolle Produktion, die von den Arbeitern getragen und geleitet wird. Die Bourgeoisie ist eine sterbende, überflüssige Klasse, die mit ihrer Erhaltung die Menschheit nur noch weiter in ihre Krise ziehen kann. Die Arbeiterklasse darf in keiner Weise Rücksicht auf die bourgeoise Gesellschaft nehmen, die die Arbeiter nur als ein Mittel zum Profitmachen betrachtet. Die Arbeiterklasse muß als eine Klasse, die die Zukunft in den Händen hält, im Vertrauen auf ihre eigene Kraft eine Politik allein nach ihren Interessen machen.

Bei dem westdeutschen Kapitalismus ist dies sogar noch besonders schlimm. Wenn er die Arbeiter anspornt, dann will er noch mehr Kapital anhäufen, um es für den Kapitalexport zu verwenden. Nach wiederholten Erklärungen von Führungsleuten aus der Bourgeoisie ist der Kapitalexport und die Verlagerung von Produktionsstätten das wichtigste Ziel zur Sicherung der ausländischen Märkte. In dem oben zitierten Artikel des "Handelsblatt" heißt es am 30.8. 71:

"Die Industrie wird weniger stark wachsen als bisher und die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wird in zunehmendem Maße durch eine verstärkte Tendenz zur Kapitalausfuhr, auch zur Verlagerung von Produktionsstätten und bestimmten Stufen des Produktionsprozesses in weniger entwickelte Länder mit niedrigeren Reallöhnen abgelöst werden."

Die Arbeiter sollen also dafür schufteten, daß die Betriebe noch ins Ausland verlagert werden und sich damit hier der Druck auf sie verschärft !

Die westdeutsche Bourgeoisie muß in ihrem verzweifelten Kampf um die Existenz die deutschen Arbeiter unterdrücken und wird jeden nur möglichen Trick versuchen, die anderen werktätigen Schichten gegen die Arbeiter aufzuhetzen. Sie versucht offen und versteckt vor allem die anderen Schichten in einem imperialistischen Wahn mitzureißen, mit dem Versprechen, daß, wenn sie diese deutsche Bourgeoisie und ihre Wirtschaft unterstützen, es dem ganzen deutschen Volk gut geht. Die deutsche Bourgeoisie knüpft an alle Traditionen der Klassenversöhnung und des Vertrauens auf den Kapitalismus an, wie sie sich vor allem in den letzten zwanzig Jahren entwickelten. Es kommt für die westdeutschen

und westberliner Arbeiter darauf an, daß sie sich diese Argumente gegen den westdeutschen Imperialismus aneignen und die anderen werktätigen Schichten über den notwendigen unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Machenschaften aufklären. Die Arbeiter müssen erkennen, daß die Bourgeoisie zusammen mit ihren Kumpanen in der Gewerkschaftsführung, obwohl sie eine untergehende, verfaulte und korrupte und sich gegenseitig zerfleischende Klasse ist, organisiert und mit allen Raffinessen gegen die Arbeiter kämpft.

Unabhängig von der Gewerkschaftsführung den Kampf organisiert aufnehmen !

Die Arbeiterklasse muß ebenfalls organisiert kämpfen, um die 15% Forderung durchzusetzen und gegen die Betriebsverlagerungen vorzugehen. Sie muß selbständig im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf führen, da die Gewerkschaftsführer ihn zu sabotieren versuchen. Es ist notwendig, daß von den kampfbereiten Arbeitern betriebliche Komitees gebildet werden, die soweit wie möglich auf nationaler Ebene zusammenarbeiten. Die Arbeiter müssen streng darauf achten, daß die Komitees unabhängig von der Gewerkschaftsleitung sich bilden und bleiben, denn die Gewerkschaftsleitungen werden mit allen Mitteln versuchen in diese Komitees einzudringen oder selber welche einzurichten, um dann den Kampf in eine falsche Richtung zu führen und abzuwiegeln.

Es kommt auch unbedingt darauf an, einen einheitlichen Schlag zu führen. Die Gewerkschaften versuchen gerade, wie sich bei den Chemie-Streiks gezeigt hat, kurze "punktuelle Streiks" in kleineren Betrieben und einzelnen Abteilungen einzuführen, die den Arbeitern das Gefühl vermitteln sollen, daß etwas getan würde, in Wirklichkeit aber den Großkapitalisten überhaupt nicht schaden, sondern nur die großen Firmen gegenüber den kleinen bevorteilen. Die Großkonzerne hatten sich sogar einen gemeinsamen Antistreikfonds von 760 Millionen DM angelegt.

Die Durchführung von solchen Streiks und der Aufbau solcher Komitees würden einen großen Sprung nach vorn im Kampf der Arbeiter für ihre Rechte bedeuten, würde sie unabhängig machen von den Gewerkschaftsführern, die bisher jeden ernsthaften Kampf der Arbeiter verhindern wollten.

(Fortsetzung nächste Seite)

Die Revolutionäre Stimme

Herausgeber:

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (NEUE EINHEIT)

Verantwortlich: Klaus Sender

Redaktionsadresse:

Verlag Neue Einheit,
1 Berlin 30, Zietenstr. 22

Tel.: 0311-2 16 23 57

Montag bis Freitag, 18 - 20 Uhr

Eigendruck im Selbstverlag

erscheint 14-tägig Preis DM 0,20

im Abonnement erhältlich

Die Durchsetzung der 15%-Forderung ist sehr wichtig, die 15% sind gerechtfertigt und eine Kraftprobe zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Gegen die Betriebsverlagerungen sind die Streiks ebenfalls die wichtigste Waffe, sie müssen jedoch zunächst in dem ganzen betroffenen Konzern organisiert werden, da ein einzelner Betrieb, der verlagert werden soll, durch einen Streik allein seiner Belegschaft kaum oder gar nicht getroffen werden kann.

Die Metallarbeiter haben einen Kampf vor sich, der über die unmittelbare Durchführung von Streiks hinausgeht, die Komitees müssen in einer öffentlichen Propaganda der Hetze der Bourgeoisie, einschließlich der Gewerkschaftsführung, Presse und Fernsehen entgegentreten. Wir von der KPD/ML (NEUE EINHEIT) werden alles in unseren Kräften stehende tun, um bei der Koordinierung der Kämpfe und der gegenseitigen Informierung der Arbeiter zu helfen, und vor allem alle Machenschaften und Verleumdungen der Bourgeoisie und ihre Handlanger entlarven. Alle Arbeiter, die mit unseren Zielsetzungen und unserer Politik einverstanden sind, sollten sich in der KPD/ML (NEUE EINHEIT) organisieren, damit unsere Organisation, die den Keim für eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse darstellt, über ganz Westdeutschland und Westberlin verbreitet wird.

Diejenigen, die an unserer Partei interessiert sind, sollten sich über unsere Partei schriftlich oder mündlich informieren.

Andererseits informiert uns alle über den Kampf in den Betrieben, damit wir ihn besser unterstützen können!

VERTRAUEN AUF DIE EIGENE KRAFT !

ES LEBE DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE !

Ruft uns an oder wendet Euch an die Verteiler der "Revolutionären Stimme"!
Tel.: 0311-2 16 23 57
Montag bis Freitag, 18 - 20 Uhr

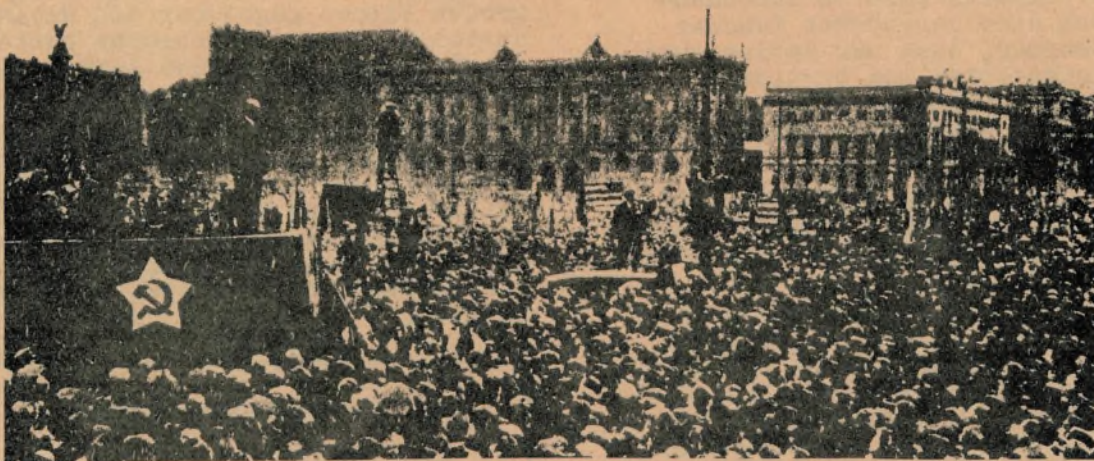
Entlassungen — Betriebsverlagerungen

In diesen Tagen haben mehrere Großbetriebe in Westdeutschland wie Mannesmann, Klöckner, Zeiss (Voigtländer), Olympia und Hanomag-Henschel Entlassungen angekündigt. Die zum AEG-Telefunken-Konzern gehörenden Olympia-Büromaschinenwerke haben vor einiger Zeit einen Teil ihrer Produktion nach Jugoslawien verlagert, weil sie dort um 10% billiger produzieren können. Jetzt beabsichtigen sie Tausende von Arbeitern in den Werken Leer und Roffhausen auf die Straße zu setzen, unter dem Vorwand, daß die Nixon-Wirtschaftsbeschlüsse sie dazu zwingen. Das ist ein Beispiel dafür, wie die Kapitalisten die internationale Wirtschaftskrise als Vorwand benutzen wollen, um von ihren Betriebsverlagerungen auf Kosten der deutschen Arbeiter abzulenken.

Zum 27. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns

Vor 27 Jahren, am 18. 8. 1944 wurde Ernst Thälmann von den Nazis meuchlings ermordet.

verrät anklagen und nachweisen, wie "gefährlich" der Bolschewismus für das deutsche Volk sei. Den Prozeß ließen sie



Ernst Thälmann ruft 1931 beim Maiaufmarsch im Berliner Lustgarten (jetzt Marx-Engels-Platz) zur Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit auf

Es gelang nicht einmal ihnen, Ernst Thälmann einen Prozeß zu machen, weil sie sich selber dabei entlarvt hätten und die Beliebtheit des Vorsitzenden der KPD unter den Volksmassen nie hätten brechen können. Sie wollten ihn des Volks-

aber fallen, weil Thälmann es hundertprozentig gelungen wäre, nachzuweisen, daß seine Politik die Interessen des Volkes konsequent richtig vertreten hat und die der Nazis reine Demagogie und Volksverhetzung im Interesse des Groß-

kapitals war. Die ganze kapitalistische Gesellschaft versucht mit allen Mitteln, ihn, den konsequentesten Kämpfer gegen den Faschismus totzuschweigen oder verzerrt darzustellen. Denn er war der beste Beweis dafür, daß die deutschen Volksmassen im Kampf für den Sozialismus in der Lage sind, hervorragende und der Sache des werktätigen Volkes ergötene Führer hervorzubringen.

Ernst Thälmann, das war der Vertreter der Lenin-Stalinschen Politik, die absolut ehrlich gegenüber der Arbeiterklasse war und die eben gerade deshalb schonungslos gegen Karrieristen und Postenjäger, Scheinradikale und Versöhnler gegenüber dem Kapitalismus kämpfte. Diese Politik ist also deshalb die einzig ehrliche gegenüber dem Proletariat, weil sie erstens von dem unversöhnlichen Widerspruch zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse ausgeht und erkennt, daß jede Klassenversöhnungspolitik durch Krisen, Kriege, Arbeitslosigkeit die Lage des Proletariats letztlich nur verschlimmert und weil zweitens diese Politik darauf ausgerichtet ist, daß das Volk die Triebkraft der Geschichte ist und nicht lächerliche Karrieristen.

Ernst Thälmann war damals der Führer zum Sozialismus, der immer gegen die Großmachtbestrebungen der Bourgeoisie gekämpft und die werktätige Bevölkerung zum Kampf gegen die wirklichen Urheber

des ganzen Leidens der Volksmassen im eigenen Land gerufen hat.

Hitler dagegen war ein von der deutschen Großbourgeoisie bezahlter Agent, der für die Unterdrückung anderer Völker eintrat und der den Klassenkampf im eigenen Land versuchte zu liquidieren. Er machte einen großen Teil des deutschen Volkes sowohl mit Hilfe faschistischer Mordbanden wie SS, SA und Gestapo als auch mit imperialistischen Versprechungen und wahnsinnigen Rassentheorien zum Werkzeug der Großbourgeoisie.

Adolf Hitler und die Großbourgeoisie hatten 1933 gegen Ernst Thälmann und die Arbeiterklasse gewonnen. Wie verheerend sich das auf die Völker dann im 2. Weltkrieg ausgewirkt hat, weiß wohl jeder selbst. Für uns Kommunisten und die Arbeiterklasse heute ist es wichtig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und nicht zu resignieren.

Weil der Kapitalismus immer mehr entartet und die Forderung nach dem Sozialismus deshalb immer dringender wird, deshalb:

Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!
Nieder mit dem Kapitalismus!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und der revolutionären Völker!

Das bolivianische Volk beginnt den bewaffneten Kampf gegen die US-Imperialisten

Letzte Woche hat eine US-hörige Militärclique unter Hugo Banzer durch einen Putsch die Macht in Bolivien übernommen. Schon jetzt werden die offensichtlichen Hintergründe deutlich sichtbar. Die US-Monopolkapitalisten plündern seit Jahrzehnten die reichen Bodenschätze des Landes aus. Bolivien besitzt die reichsten Eisenerzvorräte der Welt (ca. 80 Milliarden Tonnen), ist der zweitgrößte Zinnproduzent der Welt und hat riesige Erdölvorkommen. Trotz der reichen Bodenschätze ist Bolivien das Armerhaus Südamerikas. Das bolivianische Volk lebt in unwahrscheinlichem Elend, das von Tag zu Tag schlimmer wird. Dieses Elend haben allein die US-Imperialisten verschuldet. Sie plündern das Land aus und haben die Arbeiter versklavt. Systematisch rauben sie die Bodenschätze und lassen nicht zu, daß Bolivien eine eigene selbständige Industrie aufbaut, um es in Abhängigkeit zu halten und jede Konkurrenz auszuschalten.

Das seit Jahrzehnten geknechtete und unterdrückte Volk versuchte sich immer wieder verzweifelt zu wehren. Die Bergarbeiterstreiks und Bauernaufstände wurden immer wieder blutig unterdrückt. Trotzdem gelang es nie, der Widerstand des Volkes zu brechen. Es entwickelte sich eine immer stärkere Volksbewegung von Bauern, Arbeitern und Studenten gegen den US-



Bewaffnete Arbeiter und Studenten im Kampf gegen das US-hörige Militärregime.

Imperialismus. Deshalb sahen sich die US-Imperialisten gezwungen, mit immer geschickteren Methoden die Volksbewegung zu täuschen und in die Irre zu führen. Dabei bedienten sie sich pseudomarxistischer Elemente, die entweder das Volk vom bewaffneten Kampf abhalten wollten oder mit einer abenteuerlichen Politik das Volk in die Arme der CIA-Söldner trieben. Jetzt bleibt ihnen nur noch der faschi-

stische Terror gegen die revolutionären Arbeiter, Bauern und Studenten, um das Ende ihrer Herrschaft hinauszuzögern. Aber weder die Unterdrückung durch CIA-Söldner und faschistische Großgrundbesitzerbanden noch die Abwiegelungsversuche pseudomarxistischer Führer können den Befreiungskampf des bolivianischen Volkes aufhalten. Das haben die Ereignisse der letzten Woche bewiesen. Die revolutionären Arbeiter, Bauern und Studenten haben zu den Waffen gegriffen und werden jetzt in einem langandauernden Volkskrieg ihr Land befreien.

Die Ereignisse in Bolivien zeigen, daß sich die Widersprüche zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus weiter zuspitzen. Gerade durch Nixons Wirtschaftsbeschlüsse wird sich dieser Kampf verschärfen, da die Handelsbilanz der Kolonialländer verschlechtert wird und die Imperialisten nun versuchen werden, die Völker noch mehr auszubeuten, um ihr Defizit auszugleichen und konkurrenzfähig zu bleiben. Das wird automatisch zur Folge haben, daß die erwachten Völker der Kolonialländer auf die Verschärfung der Ausbeutung und den verstärkten Angriff auf ihre nationale Unabhängigkeit seitens des US-Imperialismus mit noch größerer Kampfbereitschaft antworten werden. Zeigt sich doch, daß der riesige US-Militärkoloss niemals imstande sein wird, selbst so ein kleines Volk wie das vietnamesische auf die Dauer zu unterdrücken. Das Entscheidende des Krieges ist, daß auch ein kleines Volk siegen wird, wenn es eine gerechte Sache vertritt. Der Imperialismus aber ist bei seinen Überfällen immer zum Scheitern verurteilt, weil er nicht etwa - wie die US- und westdeutsche Regierung behaupten - die Freiheit des Volkes verteidigt, sondern einzig und allein die Freiheit der Monopole, die Völker auszuplündern.

Andere Völker beherrschen und ausbeuten kann weder etwas Gutes für die Kolonialländer noch für die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder bringen. Die

Ausplünderung anderer Länder betreiben die USA schon seit langem. Hat es aber den amerikanischen Arbeitern etwas gebracht? Nein! Ihnen geht es dadurch nur noch schlimmer. Denn indem die Produktionsstätten ins Ausland verlagert wurden und die Regierung wahnsinnige Kriege finanzierte, stieg die Arbeitslosigkeit auf 8%. Noch dazu sollen die Arbeitersöhne für die Interessen der Kapitalistenklasse im Krieg ihr Leben opfern.

Auch die amerikanischen Arbeiter haben den sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern Glauben geschenkt, als diese ihnen weismachen wollten, die Beherrschung anderer Länder würde die Lage der Arbeiter verbessern und diesen Völkern auch ein Stück von der amerikanischen Zivilisation bringen. Auch ließen sie sich vom oberflächlichen Glanz und Wohlstand des Kapitalismus beeindrucken. Es hat sich aber gezeigt, daß nur die Monopole und einige korrupte sozialdemokratische und Gewerkschaftsfunktionäre, die den Kampf der Arbeiter abwiegeln, davon profitierten. Jetzt, wo die amerikanischen Arbeiter diesen Betrug erkennen, führen bereits breite Teile der Arbeiterklasse gemeinsam mit der Masse der Studenten und Afroamerikaner einen aktiven Kampf gegen den US-Imperialismus.

Auch die westdeutschen Imperialisten versuchen andere Völker in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika in verstärktem Maße auszubeuten. So versuchen sie auch in Bolivien, die elende Lage der Arbeiter auszunutzen und ihre Löhne noch mehr zu drücken. Dieses Treiben wird den Haß des bolivianischen Volkes und aller unterdrückten Völker gegen den Imperialismus nur noch verstärken. Die westdeutschen und westberliner Arbeiter müssen deshalb die Gefahr der Verstrickung in einen ungerechten Krieg gegen die sich wehrenden Völker frühzeitig erkennen, dem Imperialismus entgentreten und die erwachenden Völker in ihrem gerechten Kampf gegen den Imperialismus unterstützen.

Lest die Revolutionäre Stimme!

Angesichts der bevorstehenden Kämpfe gegen verstärkte Ausbeutung und politische Entrechtung sollte niemand mehr der bürgerlichen Presse vertrauensselig glauben! Kollegen und Freunde! Es kommt darauf an, daß Ihr selbst genauestens die politische Entwicklung in unserer Gesellschaft überprüft, daß Ihr die Tagesereignisse sehr wohl versteht und daß Ihr schließlich selbst die Konsequenzen zieht und den Kampf für Eure Rechte aufnehmt. Wir sind der festen Meinung, daß unsere Zeitung, die regelmäßig über aktuelle Ereignisse berichtet und deren wahre Hintergründe aufdeckt, Euch dabei von großem Nutzen sein wird. Deshalb fordern wir Euch dazu auf, unsere Zeitung zu abonnieren, weiterverbreiten zu helfen und mit uns Kontakt aufzunehmen!

Die Redaktion

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich "DIE REVOLUTIONÄRE STIMME" für ein halbes Jahr (für ein Jahr). Ich bezahle die Zeitung nach Erhalt der Rechnung.

.....
(Name und Anschrift)

Bestellungen sind zu richten an:
Verlag NEUE EINHEIT, 1 Berlin 30,
Zietenstr. 22. Der Preis für ein
Halbjahresabonnement (13 Nummern)
beträgt 5,-DM (inclusive Porto),
für ein Jahresabonnement 10,-DM.
Für Sammelbesteller (ab 10 Stück)
und für Wiederverkäufer berechnen
wir 3,50 DM bzw. 7,- DM.

Bemerkung der Redaktion der Revolutionären Stimme

In der letzten "Revolutionären Stimme" (Nr. 3) klärten wir in dem Artikel "Der Verlauf des 13. August ist sehr wohl von Bedeutung für Westberlin" auch über die Rolle der Führer der sogenannten "KPD" auf, die zum 13. August 71 dem Westberliner Senat in die Hände spielten. Wir erläuterten die Rolle solcher pseudokommunistischer Organisationen, die die Aufgabe haben, die kommunistische Bewegung zu schädigen, und forderten die Arbeiter auf, sehr genau zwischen den einzelnen Organisationen zu unterscheiden. Wenn die "KPD" nun wirklich eine revolutionäre Organisation wäre, dann müßte sie zu den nachgewiesenen Beschuldigungen Stellung nehmen. Statt dessen verleumdet die "Rote Fahne", das Zentralorgan der "KPD" in der Ausgabe vom 27. 8. 71 in hinterhältiger Weise die KPD/ML (NEUE EINHEIT). In dem Artikel "Aktionseinheit, Einheitsfront, Ideologischer Kampf" wurde eine kindische Tabelle über andere Organisationen aufgestellt. Dabei "analysierte" die "KPD" in einigen Nebenbemerkungen die KPD/ML (NEUE EINHEIT) auf ihre Weise.

Es erstes behauptet sie, die KPD/ML (NEUE EINHEIT) sei "offen rechtsoportunistisch". Bisber hat die "KPD" auch noch nicht die Spur eines Beweises für die Be-

hauptung gebracht. Allerdings bringt sie einen Hinweis, und das ist unsere angebliche Verbindung mit dem KAB(ML), dessen tatsächlichen Rechtsopportunistismus sie uns unterschieben. Es muß hier festgestellt werden, daß es nie ein Aktionsbündnis mit dem KAB gegeben hat. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, daß die KPD/ML (NEUE EINHEIT) jemals ein gemeinsames Organ mit dem KAB herausgegeben hat. Unsere Organe heißen, wie ihnen bekannt ist "NEUE EINHEIT" und "Revolutionäre Stimme". Es setzt aber allem die Krone auf, wenn die "Rote Fahne" behauptet, der KAB habe seine rechtsoportunistischen Ansichten von uns übernommen. Der "Revolutionäre Weg" Nr. 5 wurde von uns niemals herausgegeben. Da aber der "Revolutionäre Weg" offizielles Organ der KPD/ML war, wurde er bis zum Bruch mit der Gruppe Revolutionärer Weg vom Verlag Neue Einheit vertrieben. Außerdem enthält der "Revolutionäre Weg" Nr. 5 einige wichtige Dokumente über das spalterische Vorgehen der Weinfurth-Genger-Gruppe, die als sogenanntes "Zentralbüro" der KPD/ML auftrat.

Zur Klarstellung drucken wir hier eine Erklärung der KPD/ML (NEUE EINHEIT) ab.

Erklärung der KPD/ML (NEUE EINHEIT) zur Beseitigung von Gerüchten (30.8.71)

Die KPD/ML (NEUE EINHEIT) ist zu keiner Zeit mit dem westdeutschen KAB(ML) organisatorisch oder durch eine engere Zusammenarbeit verbunden gewesen. Die KPD/ML (NEUE EINHEIT) ist in keiner Weise mehr mit der Gruppe "Revolutionärer Weg" aus Westdeutschland verbunden. Die Gruppe "Revolutionärer Weg" aus Nordrhein-Westfalen hat sich im Alleingang und gegen unseren Willen mit dem KAB verschmolzen. Die Gruppe "Revolutionärer Weg" hat ohne unser Wissen den "Revolutionären Weg" als sogenanntes "Gemeinsames theoretisches Organ des KAB(ML) und der KPD(ML)" herausgegeben. Die Gruppe "Revolutionärer Weg" hat die innerparteiliche Demokratie mißachtet und sich selbst außerhalb der KPD/ML gestellt.

Es gab mit der Gruppe "Revolutionärer Weg" im Jahre 1970 eine punktuelle Gemeinsamkeit in der Verteidigung der innerparteilichen Demokratie gegenüber der Gruppe "Roter Morgen" und gegenüber dem "Zentralbüro". Wir standen 1970 vor der Tatsache, daß es keine wirkliche Zentrale der KPD/ML gab, und standen gemeinsam vor der Notwendigkeit ein neues Zentralkomitee zu schaffen auf der Grundlage einer neuen ausführlichen Auseinandersetzung in ideologischen und programmatischen Fragen. Die Gruppe "Revolutionärer Weg" vertrat im Wesentlichen die gleichen Standpunkte wie der KAB(ML), die wir in keiner Weise billigen können und die im Gegensatz zu unserer, in der "NEUEINHEIT" dargelegten Politik stehen.

Die Auseinandersetzung sowohl in der Fra-

ge des Parteaufbaus als auch in allen anderen wesentlichen Fragen führte zu prinzipiellen Differenzen zwischen der Gruppe "Revolutionärer Weg" und der KPD/ML (NEUE EINHEIT). In Gesprächen und Briefen vom Januar 1971 wurden die Differenzen zwischen der Gruppe "Revolutionärer Weg" und unserer Partei weitgehend festgestellt. Als das spalterische Vorgehen der Gruppe "Revolutionärer Weg" unwiderruflich feststand, wurde im Juni 71 endgültig der vollständige Bruch vollzogen. Die "NEUE EINHEIT" wird in Kürze in einer schon seit langem angekündigten Nummer eine ausführliche Dokumentation über die Gruppe "Revolutionärer Weg" geben.

Es ist notwendig hier zu bemerken, daß es auch bei unserer Organisation einiger Monate - bis Februar 71 - bedurfte, um in einem innerparteilichen Kampfe die Tendenzen des Versöhnertums gegenüber der Gruppe "Revolutionärer Weg" bei einigen Genossen zu beseitigen. Vom Verlag NEUE EINHEIT wurde nach Abschluß der innerparteilichen Klärung der Vertrieb des "Revolutionären Weg" Nr.5, in dem sich die falschen Ansichten der Gruppe "Revolutionärer Weg" deutlich zeigen, eingestellt.

Bei der Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß auch der Ende 1970 erschienene Artikel "Betriebsverfassungsgesetz und Gewerkschaftsfrage" aus "NEUE EINHEIT", Nr. 2/70 nicht den Standpunkt der Partei darstellt, sondern ein Diskussionsentwurf war, der von einem etwas später entlarvten Renegaten des Jugendverbandes geschrieben wurde.